

„Die Spaltung hat durch Corona zugenommen“

Im Interview

Mit einem Vorschlag der deutlich stärkeren Besteuerung von hohen Einkommen und Abgaben auf besonders hohe Vermögen hat Stefan Bach, Steuerexperte des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) vor wenigen Tagen die Diskussion über die Finanzierung der Corona-Lasten eröffnet. Linke Hirngespinnste oder Ideen für die reale Politik? Mike Mohring, Thüringer Mitglied der finanzpolitischen Sprecher der Union, hält im Interview andere Ideen für praktikabler.

Den Reichen nehmen, dem Staat geben, lassen sich die Corona-Folgen so einfach finanzieren, wie es DIW-Steuerexperte Stefan Bach darstellt, Herr Mohring?

Zunächst einmal ist es richtig und wichtig, dass diese Debatte geführt wird, denn irgendwie muss der Staat die Folgen der Pandemie bezahlen. Der Bund allein rechnet mit mehr als 450 Milliarden Euro neuen Schulden bis 2022. Viele Bürger haben Angst vor Steuererhöhungen und befürchten, dass am Ende die kleinen Leute auf den Kosten sitzen bleiben.

In dieser Situation versuchen die, die links ausgerichtete Politik machen, dies über eine Vermögenssteuer aufzufangen. Wir als Union aber sagen, wir brauchen eigentlich eine Unternehmenssteuerreform, die es ermöglicht, in der Wirtschaft neue Wertschöpfung durch Innovationen und Investitionen zu generieren. Denn wenn das gelingt, dann fließen auch in der Zukunft genügend Steuern. Zwischen diesen beiden Polen bewegt sich die Debatte.

Und in den Konzepten der Union spielt die stärkere Belastung der Reichen keinerlei Rolle?

Es gibt ja schon eine Reichensteuer von drei Prozent auf Einkommen von mehr als 265 000 Euro im Jahr für Alleinstehende. Bei Ehepaaren ist der Betrag doppelt so hoch. Die Idee



Mike Mohring (CDU), seit 2005 Vorsitzender der Konferenz der finanzpolitischen Sprecher der Landtagsfraktionen von CDU und CSU.

der Grünen ist zum Beispiel, zusätzlich ein Prozent Vermögenssteuer ab zwei Millionen Euro pro Person zu erheben. Unser Vorschlag ist, den Spitzensteuersatz durchaus moderat anzuheben, wenn der Staat im Gegenzug dafür auf die restlichen zehn Prozent des Solidaritätszuschlags verzichtet und die kleinen Einkommen spürbar entlastet.

Sie hatten eine Unternehmenssteuerreform angesprochen. Was schwebt Ihnen da vor?

Wenn Unternehmen Gewinne erwirtschaften und die Gewinne im Unternehmen bleiben, dann muss sich das für die Firmen auch lohnen. Deshalb schwebt uns eine Senkung der Steuern auf 25 Prozent vor auf Gewinne, die reinvestiert werden, die dazu genutzt werden, das Unternehmen leistungsfähiger zu machen. Erst wenn die Gewinne ent-

nommen, also privatisiert werden, sollte eine Besteuerung erfolgen. Eine pauschale Vermögenssteuer ist im Falle von mittelständischen Familienunternehmen nämlich fast immer eine Substanzbesteuerung. Denn das Vermögen dieser Unternehmerfamilien ist zu einem großen Teil ja das Unternehmen. Wird dieses nun pauschal besteuert, dann wird dem Unternehmen Liquidität entzogen, die der Unternehmer sich dann anderswo beschaffen muss. Das halten wir eher für schädlich.

Wird denn eines von beiden ausreichen, um die Kosten der Corona-Krise zu finanzieren, oder brauchen wir eine Vermögenssteuer und eine Unternehmenssteuerreform?

Es ist bei den Steuern wie im richtigen Leben: Es kommt darauf an. Das ifo-Institut prognostiziert zum Beispiel, dass man 15 Prozent Wirt-

schaftswachstum hinbekommen könnte, wenn die Gewinne, die nicht entnommen werden, nicht stärker besteuert werden, sondern den Steuersatz wie beschrieben senkt und nicht mit dem Spitzensteuersatz besteuert. Die Studie klingt für mich sehr plausibel.

Letztlich ist es aber eine Frage, mit welcher Philosophie man ans Steuerrecht geht. Wir schauen halt immer, wer diejenigen sind, die das Geld erwirtschaften, um die Aufgaben des Staates zu finanzieren. Und das sind nun einmal zuallererst die Mittelständler und Familienunternehmen. Wenn wir deren Substanz immer weiter besteuern, dann trifft sie das ins Mark und beschränkt die Chance auf Wachstum.

Wenn Unternehmer das Geld, das ihr Unternehmen erwirtschaftet, jedoch lieber dafür verwenden, um sich ein schönes Ferienhaus auf Mallorca zu kaufen, dann gibt es keinen Grund für den Staat, nicht den Spitzensteuersatz anzusetzen.

Auf das Problem der Substanzbesteuerung geht Stefan Bach in seinem Beitrag ein: Sein Vorschlag: Die Vermögensabgabe kann über 20 Jahre abgetragen werden und wenn das Geld nicht flüssig ist, wird der Staat stiller Teilhaber und die Abgabenschuld wird über Gewinnausschüttungen abgetragen. Ist das ein gangbarer Weg?

Das ist eine Nummer, die deutschen Unternehmern nur schwer zu vermitteln sein wird. Stellen Sie sich doch einmal die vielen Tausend Familienunternehmen in Deutschland vor: Da soll der Staat plötzlich überall stiller Teilhaber werden? Dann wären wir plötzlich ein anderes Land. Deshalb sehe ich diese Idee kritisch und meine Kollegen aus den anderen Bundesländern auch.

Aus meiner Sicht können Staatsbeteiligungen immer nur die Ausnahme im Einzelfall sein, der letzte Ausweg in Krisensituationen. Lufthansa

und die Commerzbank sind systemrelevante Beispiele dafür. Aber eine grundsätzliche Beteiligung des Staates an Tausenden Unternehmen, das kann keine Lösung für unsere Finanzprobleme sein. Der Staat ist nicht der bessere Unternehmer.

Aber es gibt sogar Praktiker, also Geschäftsführer und Finanzchefs mittelständischer Unternehmen, die der Idee etwas abgewinnen können, die sagen, dass die Staatsbeteiligung dafür sorgen würde, dass das Unternehmen diese so schnell wie möglich wieder loswerden will, also ein großes Interesse entwickelt, Gewinne zu erwirtschaften, um den Staat auszahlen zu können.

Natürlich würde jeder Unternehmer diesen nicht gewollten Nebenbuhler in der eigenen Firma so schnell wie möglich wieder loswerden wollen. Die Frage ist, ob der Weg, den das Unternehmen geht, um den Mitgesellschafter auszahlen zu können, wirklich nachhaltig ist. Denn das Geld muss ja zusätzlich erwirtschaftet werden. Und das in einem Marktumfeld, das nach der Pandemie äußerst kompliziert ist. Noch können wir ja gar nicht absehen, ob und wann sich die Wirtschaft nach der Pandemie vollständig wieder erholt.

Nun haben wir uns bisher noch auf dem Einkommensniveau einer etwas breiteren Masse bewegt. Das DIW schlägt zusätzlich eine Corona-Abgabe oder -Steuer für Superreiche von einem Prozent pro Jahr vor. Stefan Bach rechnet vor, dass allein die Besteuerung der obersten 0,031 Prozent der Vermögenden in Deutschland zu Milliarden einnahmen führen könnte. Bei gerade einmal 21 000 Steuerpflichtigen könnte der Staat so jährliche Einnahmen von rund 9,5 Milliarden Euro generieren. Kann der Staat sich dieses Geld wirklich entgehen lassen?

Mit Sicherheit wohnen die meisten dieser Superreichen nicht in Thüringen. Aber Fakt ist, dass eine Vermögenssteuer einen enormen Aufwand verursacht, beim Staat zur Durchsetzung und zur Befolgung auf der Seite der Steuerpflichtigen. Die Vermögenssteuer, die vor 1997 erhoben wurde, wurde zu 50 Prozent durch den Verwaltungsaufwand wieder aufgezehrt.

Das Problem an solchen theoretischen Gedankenspielen: Auf die eine Annahme folgt die nächste. Denn in der Theorie klingt es natürlich gut, solche Vermögen zusätzlich zu besteuern. In der Praxis tritt dann aber häufig das Problem auf, dass solche Superreiche sich der Besteuerung in Deutschland entziehen. Dann würde diese Abgabe ins Leere laufen. Solche Menschen haben so viele Wohnsitzmöglichkeiten, die können dann frei wählen, wo sie denn ihre Steuern bezahlen wollen. Dem könnte man, wenn überhaupt, nur mit einer europäischen Verständigung, besser noch einer internationalen Lösung begegnen. Denn aus gutem Grund gibt es auf Ebene der EU keine eigene Steuergesetzgebungskompetenz.

Aber völlig verschließen würden Sie sich der Idee nicht, denn Tatsache ist auch, dass diese Superreichen in der Krise noch reicher geworden sind?

Natürlich hat die Spaltung zwischen arm und reich durch Corona zugenommen, daher kann ich nachvollziehen, dass solche Vorschläge kommen, die Superreichen befristet stärker zur Kasse zu bitten. Wie wachstumsfeindlich und bürokratisch eine solche Idee in der Praxis ist, habe ich eben beschrieben. Zur Wahrheit gehört aber auch, dass es bei Politik oft um Symbolik geht. Mit der Reichensteuer ist ein solches Zeichen gesetzt, das ist ohne Frage richtig.

*Interview: Jolf Schneider
Foto: Michael Reichel*